

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.22 Uhr

Ende: 14.25 Uhr

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf gleich anmerken, dass wir heute zwei fehlende Stadtsenatsmitglieder haben. Aus diesem Grund schlage ich vor, dass diese Fragen schriftlich beantwortet werden. Wenn jemand diese Frage in der nächsten Gemeinderatssitzung hier aber öffentlich stellen möchte, dann möge er sie bitte heute dann zurückziehen und der Schriftleitung sagen, dann kann man es das nächste Mal auch diskutieren; wenn es wirklich eilig ist, davon gehe ich aus, wird die Frage aber dann schriftlich beantwortet.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

1) Umgang mit niedrigerem Altbestand in der wachsenden Stadt

GR. **Pacanda** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Beispiel der Körösi Stubn ist exemplarisch für die Situation vieler niedriger Arbeiter-, Bauern-, Vorstadt- oder Biedermeierhäuser in der

Stadt Graz. Das Gebäude selbst bietet einerseits zusammen mit einem Weinstock eine idyllische Einheit mitten in der Stadt, andererseits stellt es mit drei weiteren Häusern in der Lange Gasse ein Ensemble aus einfachen Arbeiterhäusern dar, die derzeit in Graz aufgrund ihrer niedrigen Höhe und der verstärkten Bautätigkeit besonders stark vom Abriss bedroht sind. Viele dieser Beispiele befinden sich außerhalb der Schutzzonen. Allerdings ist selbst in den ASVK-Zonen das Alter der Häuser kein Kriterium für die Beurteilung, und so kommt es auch dort regelmäßig dazu, dass die ältesten Häuser einer Umgebung als Fremdkörper beurteilt werden und diese bereits verdichtet wurden.

Dabei lassen sich auch in Graz gelegentlich Beispiele einer Verdichtung finden, bei der charakteristische Straßenverläufe und deren Altbestand erhalten oder zumindest in den Neubau integriert wurden. Es wäre wünschenswert, kreative Lösungen dieser Art zu fördern, bei denen trotz wachsender Stadt die Spuren der Stadtgeschichte erhalten werden können.

Daher folgende

Frage:

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass trotz verstärkter Bautätigkeit die Spuren niedriger Arbeiter-, Bauern- oder Biedermeierhäuser nicht aus dem Stadtbild verschwinden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Vorauszuschicken ist, dass gerade in Graz durch den Denkmalschutz und durch das Altstadterhaltungsgesetz zahlreiche Gebäude wirksam vor einem Abbruch geschützt sind. Durch die laufenden Begehungen des Denkmalschutzamtes werden alle schutzwürdigen Bauten, wie eben

auch niedrige Arbeiter-, Bauern- oder Biedermeierhäuser, unter Schutz gestellt. Sollte das Bundesdenkmalamt zum Schluss kommen, dass es sich bei einem Gebäude um kein schützenswertes handelt, dann kann auch die Stadtplanung in diesen Fällen einen Abbruch des Eigentümers nicht verhindern. Nur durch Überzeugungsarbeit beim Hauseigentümer kann oftmals ein Abbruch verhindert werden. Allerdings können im Flächenwidmungsplan und in Bebauungsplänen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Ersatz von Alt- durch Neubauten wirtschaftlich unattraktiv machen. Derartige Festlegungen kann man in der Vergangenheit und kommt auch künftig vor allem dort zum Einsatz, wo gut erhaltene Ensembles bestehen. Auf den Erhalt von Einzelobjekten hingegen wird man, so sie nicht von herausragender Bedeutung sind, und das das Bundesdenkmalamt auch dokumentiert, auf diese Art hinwirken können. Wo also erhaltenswerte historische Ensembles den Gebietscharakter prägen, werden im Fläwi-Plan sowie im räumlichen Leitbild entsprechende Vorgaben zur Bebauungsdichte, zur Geschoßanzahl beziehungsweise die Festlegung der Bebauungsplanpflicht zum Einsatz kommen und damit ist eigentlich alles gesagt. Entweder ist das Gebäude an sich durch das Denkmalamt geschützt oder wir schaffen es nur in Form der Ensembles oder durch Überzeugungsarbeit (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Angedeutet in meinem Motiventext war ja ein spezielles, sage ich einmal, Projekt und daher auch die Zusatzfrage. Falls der Bezirksrat das wünschen sollte, sehen Sie im konkreten Fall der Körösi Stubn, Lange Gasse noch Möglichkeiten, das Ensemble und Kommunikation mit dem Bauträger zu erhalten, vielleicht auch den Weinstock.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sag niemals nie. Allerdings fürchte ich, dass aufgrund der Nichtunterschutzstellung und der bereits schon entstandenen Planungskosten etc. es sehr schwer werden wird, aber ich darf auch den Bezirksrat ersuchen, mit den Investoren noch einmal Kontakt aufzunehmen, von Seiten der Planung wird es vielleicht auch diese Gespräche geben, ich werde mit dem Herrn Inninger darüber sprechen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

2) Verkehrskoordination am „Supersamstag“ 14. Juni 2014

GR. **Pogner** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Mario! 14. Juni, also heute in einem Monat ist es schon vorbei, aber er kommt mit Riesenschritten näher und am 14. Juni haben wir ja in Graz eine Ausnahmesituation, es ist ein „Supersamstag“. Die Baustelle am Glacis wird am 25. Mai beginnen, das heißt, am Glacis wird es schon etwas zähflüssiger sein und dann haben wir an dem Tag in Graz das Kart-Race, das beim Opernring/Burggasse veranstaltet wird und zusätzlich haben wir noch den „Grazathlon“, der vom Augarten bis zum Schloßberg geht, das heißt, die Innenstadt ist da schon ein bisschen eingekreist und der Verkehrsfluss in die Innenstadt wird etwas schwieriger sein. Die BewohnerInnen und auch die Gewerbetreibenden haben da schon ihre Bedenken. Zusätzlich kommt noch dazu, dass das Public Viewing für die Fußball WM schon begonnen hat und das HOLI-Festival auf der Messe, das Genuss Spektakel, das rundet das Ganze noch so richtig

ab. Das heißt, an diesem Samstag wird es bei uns in der Stadt, wie es so schön heißt, rund gehen, was ja grundsätzlich nicht schlecht ist, aber, wie gesagt, Bewohner und Bewohnerinnen sowie die Gewerbetreibenden in der Stadt haben halt ihre Befürchtungen. Und da dazu, nehme ich einmal an, hast du bereits ein Verkehrskonzept, damit das eben in den richtigen Bahnen verläuft und die

F r a g e

ist daher an dich: Wie sieht das für diesen Supersamstag von dir entwickelte Verkehrskoordinationskonzept aus?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Harry! Eine Herausforderung ohne Zweifel, du hast das eh alles schon aufgezählt. Die Schwierigkeit besteht nämlich immer darin zu sagen, lässt man etwas zu, lässt man etwas nicht zu und wir müssen da eh mit den Terminen massiv schieben, damit wir halt diese Termine oder Veranstaltungen unterbringen. Deswegen hat es sich eben an diesem Tag auch ein bisschen zugespitzt. Aber jetzt zur Beantwortung deiner Frage. In Bezug auf Grazathlon, der Start wurde so weit wie möglich nach hinten verschoben und zwar auf 17.30 Uhr und die ersten Sperren werden erst kurz davor getätigt und die anderen Sperren werden sukzessive nachgesetzt. Also da ist man flexibel und agiert da eben nach Anfall. Die Behinderungen des öffentlichen Verkehrs, das ist die Buslinie am Griesplatz von 17.30 Uhr bis 18.30 Uhr und die Straßenbahnlinie 4 und 5 von zirka 17.45 Uhr bis 20.00 Uhr für die Schienen, da wird ein Schienenersatzverkehr eingerichtet für die Straßenbahnen. Dann beim Public Viewing, aufgrund des Laufes findet das Public Viewing am Kameliterplatz an diesem Tag erst ab 20.00 Uhr statt, also da haben wir den Beginn nach hinten versetzt und das Kart-Race, da sind die Sperren im Bereich der Oper, die werden in Bezug auf das Kart-Race gleich wie im Vorjahr erfolgen,

Zufahrt zur Tiefgarage in der Einspinnergasse ist möglich und alle diese, und das ist die wichtige Voraussetzung, alle diese Sportveranstaltungen werden von der Polizei behördlich genehmigt, die sich natürlich auch im Vorfeld das genauer anschauen und mit dem Straßenamt und mit Holding etc. koordinieren. Also es sollte über die Bühnen gehen, aber es ist natürlich eine gewaltige Herausforderung, gar keine Frage (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pogner**: Die Zusatzfrage wäre: Gibt es das auch in irgendeiner Form schriftlich detailliert dieses Konzept für diesen Samstag, wie das alles abläuft? Gibt es von deiner Seite aus, von der verkehrstechnischen Seite her gibt es da irgendetwas Schriftliches?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich habe das natürlich auch von Amtsseite bekommen und wenn das für dich jetzt relevant ist, lasse ich dir das selbstverständlich auch schriftlich zukommen, gar keine Frage, selbstverständlich.

3) Grazer Parkraumservice – Personalsituation

GR. **Luttenberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Unsere Frage oder meine Frage ist eigentlich in ein Ersuchen gekleidet, sich in einem konkreten Fall die Situation anzuschauen, und zwar geht es um das Grazer Parkraumservice. Ich kann

mir viele Einleitungen ersparen. Grazer Parkraumservice, ein Teilbereich der Stadt, der einen Aktivposten darstellt durch die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die sofort budgetwirksam werden. Sozusagen für mich ein Problem als Gewerkschaftsaktivist ist Folgendes, und das ist ja die permanente Diskussion auch in der Stadt in dieser Frage. Das Personal wurde ja de facto outgesourct in einen eigenen Bereich, in die PersonalbereitstellungsGmbH, und ausgegliedert heißt natürlich, dass hier nicht zu selben Bedingungen gearbeitet wird, wie wenn die Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel Vertragsbedienstete wären oder ähnliche Beschäftigungsformen. Und konkret geht es um die Situation, die Kolleginnen und Kollegen schließen mit der Geschäftsführung einen Dienstvertrag ab, sie sind vertreten durch die Gewerkschaft wie das Bewachungspersonal, das ist an und für sich alles korrekt, da gibt es nichts zu sagen. Das Problem liegt dann in der Praxis nämlich da, wenn es um das Einkommen fürs Auskommen geht. Also die Damen und Herren im GPS werden teilzeitbeschäftigt aufgenommen in einem Wochenstundenzeitraum, ich weiß nicht, so zwischen 20 und 36 Stunden in der Woche, das ist die eine Seite, die eben vertraglich fixiert wird, und damit die Damen und Herren auf ihre 38/40 Stundenwochen kommen mit der Bezahlung, gibt es eben ein System von Zulagen, Überstundenpauschalen, was weiß ich, und jetzt das Problem, wenn jemand der Kolleginnen und Kollegen krank wird, fällt er automatisch sozusagen auf seinen Pflichtanteil zurück und das ist für viele ein Problem (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und ich sage das auch deswegen, mich hat ein Artikel in der letzten Zeit sehr gefreut, dieser Falter-Artikel, wo der Herr Bürgermeister wirklich zu Recht sagt, er möchte Eintreten für die Gemeinwohlökonomie und da geht es auch um soziale Aspekte. Und in dem Ausschuss, in dem ich mitwirke, Verfassung, Gender, Katastrophen, Feuerwehr usw., gibt es auch einen Präsidialerlass Nr. 16 aus dem Jahr 2013, wo Auftragsvergaben nach sozialen Kriterien künftig bewertet werden sollen und jetzt eben meine

Frage:

Was gedenken Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, zu unternehmen, um die geschilderte Situation für die Beschäftigten dort zu verbessern (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Kollege Luttenberger! Ich gedenke Ihnen eine Stellungnahme des GPS vorzulesen und nachdem ich die selbst kenne, hätte ich gerne mit Gegenfragen geantwortet, das mir leider nicht möglich ist, ich hätte Sie gerne gefragt, von wem Sie informiert worden sind, ich hätte Sie gerne gefragt, welche Recherchen haben Sie unternommen, ich hätte Sie gerne gefragt, haben Sie einmal bei der Betriebsleitung des GPS nachgefragt, wie weit diese Vorwürfe, die Sie hier erheben, stimmen? Haben Sie offensichtlich alles nicht getan, ich habe recherchiert und habe die GPS gebeten, eine Stellungnahme abzugeben und nach dieser Stellungnahme habe ich den Eindruck, es geht Ihnen hier einfach um eine politische Bühne, anstelle um sauber nachzuforschen. Ich darf Ihnen die Stellungnahme vorlesen: Erstens, der behauptete fatale Umstand, dass sich im Falle eines Krankenstandes das Einkommen auf das vereinbarte Grundentgelt reduziert, ist schlichtweg falsch und ist daher dieser Vorwurf beziehungsweise Vorhalt strikt zurückzuweisen. Im Falle eines Krankenstandes gilt bekanntlich, wie auch beim Urlaubsentgelt, das sogenannte Ausfallsprinzip, das heißt, der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin bekommt als Krankenentgelt das, was er oder sie bekommen hätte, wenn er oder sie in dieser Zeit gearbeitet hätte. Die Normal- und Überstunden werden so, wie sie auch schon vor Eintritt des Krankenstandes geplant waren, selbstverständlich ausbezahlt. Zuzüglich gebührt den Arbeitnehmern ein Durchschnitt aller Zulagen der letzten drei Monate, welche auch am Lohnzettel als eigene Lohnart ersichtlich sind. Beim Urlaubsentgelt werden für die Berechnung eines Urlaubstages der Durchschnitt des Bruttolohnes, Normalstunden, Überstunden sowie Zulagen usw. der letzten drei Monate herangezogen. Auch bei den Sonderzahlungen errechnen

sich nach dem Durchschnittsverdienst der letzten drei vor dem Anlassfall liegenden vollbezahlten Monate. Hierbei werden gemäß § 26 Abs. 3 des Kollektivvertrages für das Bewachungsgewerbe der Grundlohn, Lohn für die Mehrarbeit und die Zuschläge, Nachtzulagen, Erschwerniszulagen und Gefahrenzulagen miteinbezogen. Zweitens, da wie gesagt, dieser behauptete fatale Umstand nicht existent ist, kann diesbezüglich auch keine daraus resultierende beträchtliche Unruhe und Unzufriedenheit im GPS vorherrschen und wird eine solche auch nicht wahrgenommen. Auch eine vermeintliche Unzufriedenheit einzelner Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen mit den Entgeltfortzahlungsbestimmungen war bisher nicht erkennbar und war diesbezüglich bis zum heutigen Tag keine einzige Vorsprache bei der Geschäftsführung. Drittens, das Grazer Parkraumservice mit seinen mehr als 170 Mitarbeitern verfügt über einen gewählten fünfköpfigen Betriebsrat, deren Betriebsratsvorsitzende als freigestellte Betriebsrätin tätig ist. Selbstverständlich findet zwischen der Unternehmensführung und der gewählten Belegschaftsvertretung ein regelmäßiger Informationsaustausch statt. Auch in diesem Gremium war dieser vermeintlich fatale Umstand noch nie Thema und wurde von Seiten des Betriebsrates dieser auch noch nie vorgebracht. Ich möchte gerne abschließend noch Folgendes festhalten: Falsche Feststellungen, und damit unwahre Unterstellungen, können nicht nur einem städtischen Unternehmen, sondern letztlich auch der gesamten Stadt Graz schaden. Darüber hinaus kann eine solche unwahre Behauptung der eigentliche Auslöser von Unruhe und Unsicherheit in einem Unternehmen sein. Wir laden daher Vertreter aller im GPS-Ausschuss vertretenen Parteien ein, sich bei Interesse ein Bild vor Ort zu machen und sich über alle arbeitsrechtlichen Bedingungen unserer GPS-GmbH-MitarbeiterInnen zu informieren (*Applaus ÖVP*).

GR. Luttenberger: Danke Herr Stadtrat für die umfassende Information. Also ich habe selbstverständlich auch recherchiert, nicht bei der Geschäftsleitung, das gebe ich zu,

sondern mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen und auch bei der Personalvertretung und Sie können sicher sein, es ist nicht so, dass wenn mir langweilig in der Stube zu Hause ist, mir irgendetwas ausdenke, um die Stadt Graz zu ärgern, sondern das ist eben so gewesen. Ich dachte mir oder ich bin der Meinung, ich glaube, das ist auch mein Recht als Gemeinderat, wenn so etwas auftritt, dann ist einmal die mildeste Form, eine Anfrage zu stellen, und das habe ich ja hiermit getan, und ich danke auch für die schriftliche Stellungnahme, die mir zukommen wird und ich habe das auch sehr wohl gehört, dass eben bei Interesse die Geschäftsführung der GPS gerne zur Verfügung steht und ich werde diesen Termin selbstverständlich auch wahrnehmen. Zum Schluss eine ironische Bemerkung, also ich bin jetzt bald 60, also für eine politische Bühne, das ist mir schon alles zu fad, das brauche ich nicht. Da gehe ich lieber Schachspielen oder so irgendetwas. Danke für die Antwort (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe eine Bitte, wenn ich nach der Zusatzfrage stelle und es ist keine da ist, dann bitte keine Feststellungen, sondern die Zusatzfrage zu formulieren, die Bitte habe ich auch an alle Rednerinnen und Redner, die noch ans Rednerpult kommen. Es gibt im Übrigen die Gelegenheit, die Geschäftsführung ist anwesend, vielleicht nutzen Sie gleich die Gelegenheit, mit den beiden Herren ein Gespräch zu suchen.

4) Drohende Sperre der Bahnübergänge Trattfelderstraße und Abstallerstraße

GR. Mag. **Haßler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Mario, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie dir sicher bekannt ist und wie wir auch da im Gemeinderat schon mehrfach besprochen haben, sind mit der Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 umfangreiche Änderungen in der Art und Ausführung der Sicherung von Eisenbahnkreuzungen vorgeschrieben worden. Und bezugnehmend auf diese Verordnung sind entlang der GKB-Linie im Vorjahr Überprüfungen vorgenommen worden und dabei hat sich herausgestellt, dass die Übergänge in der Trattfelderstraße und Abstallerstraße und nicht nur dort, aber vor allem die spreche ich heute an, dass dort die Aufrechterhaltung in der derzeitigen Form nicht mehr möglich ist. Im Frühjahr 2013 gab es dann auch schon hier im Gemeinderat einige Initiativen. Ich habe eine Anfrage an den Bürgermeister gestellt, Gemeinderat Sikora hat ebenfalls einen Antrag zu diesem Thema bestellt für die Erhaltung und auch die Bürger vor Ort sind aktiv geworden, im Mai 2013 haben wir im Bürgermeisteramt über 600 Unterschriften übergeben von Anrainern, die eben dafür eintreten, dass diese Übergänge erhalten bleiben. Es hat auch Frequenzerhebungen vor Ort gegeben. Ich muss sagen, in einer Woche, ich war selber dort, einmal mir das auch anschauen, es war eine Woche, wo das Wetter extrem schlecht war und trotzdem waren dort täglich Frequenzen von ein paar hundert Menschen, die diese Übergänge dort gequert haben. Meine Anfrage an den Bürgermeister wurde dann beantwortet und mir wurde darin mitgeteilt, dass seitens der Verantwortlichen der Stadt Graz alles unternommen wird, um die Übergänge aufrechterhalten zu können. Ich und die Bürger, wir sind davon ausgegangen, wenn die Politik es einhellig will, wenn die Bürger das unbedingt brauchen, dann braucht man sich keine Sorgen machen, dann wird das schon zu einem positiven Ende führen. Dem scheint nicht so zu sein, weil vor zwei Wochen ungefähr gab es eine Meldung in einer Tageszeitung, ich habe sie heute auch mit, die mit Bestürzung vor Ort aufgenommen wurde, darin wurde mitgeteilt, dass offensichtlich schon beschlossene Sache ist, dass die Abstallerstraße geschlossen werden soll, und die Trattfelderstraße, so war es dem Zeitungsbericht zu entnehmen, sei noch in Diskussion. Daraufhin ist ein Sturm losgebrochen, kann ich sagen, also so

viel kontaktiert wie in den letzten Wochen bin ich schon lange nicht mehr, ich war in der Klusemannschule bei der Direktion, ich war bei Schülervetretern, ich war beim LUV Graz vor Ort, eine Bürgerinitiative ist wieder aktiviert worden, Unterschriftenlisten kursieren usw. Überall herrscht Unverständnis und Unmut darüber, dass auf der einen Seite groß die Bürgerbeteiligung und die Stadt der kurzen Wege propagiert wird, während in der Realität über die Bürger im wahrsten Sinne des Wortes, kann man, glaube ich, in diesem Fall sagen, drübergefahren wird, indem seit Jahrzehnten bestehende Verbindungen einfach gesperrt werden oder zumindest die Sperre droht.

Ich darf jetzt namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

stellen: Was wurde bisher von Seiten der Stadt Graz und von dir als zuständiger Verkehrsreferent unternommen, damit die Aufrechterhaltung der Eisenbahnübergänge Trattfelderstraße und Abstallerstraße auch für die Zukunft gesichert bleibt und was ist der aktuelle Verhandlungsstand in dieser Sache (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Lieber Herr Gemeinderat! Nicht nur du bist kontaktiert worden, wie du dir vorstellen kannst, sondern auch ich und mein Büro. Für uns war ja die Situation auch schon, wie für uns alle, abgehakt und abgeklärt, weil wir im Vorfeld alles gemacht haben. Aber jetzt einmal zum Ablauf, ein bisschen zur Historie. Im Zuge der von der zuständigen Eisenbahnbehörde angeordneten und auf den Bestimmungen der Eisenbahnkreuzungsverordnung beruhenden Überprüfung der

beiden GKB-Eisenbahnkreuzungen Trattfelderstraße, Abstallerstraße im Jahr 2013 haben sich die Vertreter der Stadt Graz, Stadtbaudirektion, Abteilung für Verkehrsplanung für eine Aufrechterhaltung der beiden Übergänge und deren Sicherung mittels Schrankenanlage ausgesprochen. Es war eine Möglichkeit, diesen Übergang zu erhalten, das andere wäre eine Unterführung gewesen, aber das wäre die günstigere Lösung und es ist die günstigere Lösung. In weiterer Folge erfolgte in einer Arbeitsgruppe bestehend aus GKB, Stadtbaudirektion, Abteilung für Verkehrsplanung die Prüfung einer niveaufreien Lösung, sprich Unterführung, wie schon erwähnt, hat man sich dafür ausgesprochen, die Schrankenanlage zu tun. Soll aus finanzieller Sicht aber auch hinsichtlich der im Vergleich zur Unterführung kürzeren Wege, der besseren Eignung für den Radfahrverkehr, des subjektiven Sicherheitsempfindens im Unterführungsbereich und der Vandalismus-Anfälligkeit der Aufzugsanlagen, aber auch bezüglich der Tatsache, dass die Errichtung auch ohne Berücksichtigung eines möglichen, zukünftigen zweigleisigen Ausbaus erfolgen kann hat die Stadtbaudirektion der GKB mit Schreiben vom 6.2.2014 mitgeteilt, dass aus der Sicht der Stadt Graz der behördlich vorgeschriebenen Schrankenanlage der Vorrang einzuräumen ist und wir haben, auch in der Finanzpartnerschaft die notwendigen Mittel dafür, nämlich die 50%-Finanzierung, bereitgestellt. Die GKB wiederum hat am 27.2.2014 den Antrag zur Auflassung, auf Auflassung der Eisenbahnkreuzung Abstallerstraße erneut gestellt. An der am 29.4.2014 stattgefundenen Verhandlung ist der eisenbahnstraßenverkehrstechnische Amtssachverständige zum Schluss gekommen von Seiten des Landes, dass aus fachlicher Sicht festgestellt werden kann, dass aufgrund der örtlichen Verhältnisse und Verkehrsbedürfnisse und der Alternativen sowie den Verkehrserfordernissen entsprechenden Wegverbindungen einer Auflassung dieser Eisenbahnkreuzung bei gleichzeitiger Herstellung einer zirka 225 Meter langen Fußwegverbindung westlich der Bahn zwischen Abstallerstraße und Grottenhofstraße zugestimmt werden kann. Auch bei dieser Verhandlung haben sich die Vertreter der Stadt Graz für eine Aufrechterhaltung der Eisenbahnkreuzung Abstallerstraße und deren Sicherung

mittels Schrankenanlage ausgesprochen. Insbesondere wurde auf die nicht unerhebliche Anzahl, wie du schon erwähnt hast, von Fußgängerquerungen, täglich bis zu 500, aber auch die sich verschlechternde Verkehrssicherheit hingewiesen. Also wir haben von dieser Seite alles getan, wir haben das Budget bereitgestellt, die GKB hat das Land angerufen und eben diese Auflösung, Auflassung erwirkt. Wir haben jetzt gewartet, bis wir den Bescheid seitens des Landes bekommen, der ist gestern eingelangt und wir werden dagegen Rechtsmittel erheben (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Gibt es vorher vielleicht noch ein/zwei Sätze zu der Alternative westlich der Bahn. Westlich der Bahn ist die 110-kV-Leitung. Wir wissen, das wird besser abgeschirmt, auch dank einer Bürgerinitiative, aber trotzdem, ich meine, auf einer 110-kV-Leitung einen Fußweg zu führen, das kann nur jemandem einfallen, der, ich will das in diesem Gemeinderat nicht erwähnen. Meine Frage dazu, was können wir noch und vor allem, was können die Bürger vor Ort noch dazu beitragen, dass diese Schließungen nicht kommen? Also es wird sicher, wir haben schon diskutiert vor Ort, es wird von Sperre der Bahn bis, alles Mögliche ist angedacht, aber jetzt warten wir wahrscheinlich den Einspruch ab.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, du sagst es. Wir können jetzt nur berufen, es ist bei der Oberbehörde angesiedelt, und hier noch einmal appellieren, Vernunft walten zu lassen und vor allem auch die GKB auffordern, ihrer Verpflichtung nachzukommen, diese 50%-Zahlung zuzuzahlen und damit wäre es gesichert. Also da müssen wir wirklich Druck erzeugen und ich hoffe, es gelingt uns. Wir werden alles dazu tun, dass das gelingt (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Ich erlaube mir auch eine Anmerkung. Wir freuen uns auf der einen Seite, dass die Österreichische Bundesbahn mit all ihren Gesellschaften in Graz auch investieren und dass wir auch mit Koralmstrecke und mit einigen Dingen angeschlossen sind im Eisenbahnnetz. Das Verhalten der ÖBB und der Tochterfirma in Graz, wenn es um unsere Bahnlinien in der Stadt geht, ist alles andere als freundlich und wir brauchen nicht überrascht tun, weil ich erinnere nur an die Diskussion nahe unseres Messeareals im Bezirk Liebenau, als eine Gasverladestation in Graz errichtet wurde gegen den Willen der Stadt Graz, sehr lange auch durchgeföhrt wurde, Gott sei Dank gab es, wenn ich so sagen darf, dann genügend Unterstützungen und es ist nicht mehr zu dieser Gasverladestation gekommen. Ich erinnere an Gösting, wo wir auch nicht erfolgreich waren und möchte jetzt auch sagen, dass Gott sei Dank auch eine Stadt einmal geklagt hat, weil das Größere war ja noch, gegen unseren Willen werden Übergänge gesperrt oder kommen neue Anlagen und dann sollen es die Kommunen noch zahlen. Da gab es ja Gott sei Dank einen Musterprozess und seitdem weiß die ÖBB und auch Tochterfirma, dass sie verpflichtet sind, in einem solchen Fall selbst die finanzielle Vorsorge zu treffen. Ich darf aber gerade ersuchen, dass auf Landesebene auch der Versuch unternommen wird politisch, das nicht zu forcieren und auf Bundesebene darf ich auch bitten, vielleicht mit der Frau Bundesministerin Bures, die die Verantwortung trägt für den Bereich des Streckenausbaus und auch entlang der Strecken für die ÖBB, auch einmal darauf einzuwirken, dass man einfach einmal auf der einen Seite das Thema der Sicherheit diskutiert, aber gleichzeitig nicht immer die Menschen in ihren sogenannten kurzen Wegen dann behindert. Den Wirbel haben wir, weil wir nicht die politische Rückendeckung der anderen Gebietskörperschaften haben. Hätten wir die, würden wir, wenn ich so sagen darf, da jetzt gar nicht wieder diskutieren müssen und das ist traurig genug. Also ich bin auch gerne bereit, dass wir auch in diesem Fall gemeinsam ein Schreiben an die Frau Bundesministerin Bures richten mit der Bitte, sie möge doch auch einmal darüber nachdenken, ob man das

nicht auch anders lösen kann als diese Brechstange, die schon wieder angewendet wird im Großraum Graz (*Applaus ÖVP*).

5) Murgondel Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Die Murgondel geistert ja nun schon längere Zeit in der Stadt herum, wurde viel diskutiert und aufgrund fehlender Finanzierung wieder ad acta gelegt. Letzte Woche ließ aber Dipl.-Ing. Malik, Holding-Vorstand, mit einem Zeitungsinterview aufhorchen mit der Schlagzeile „Graz braucht die Gondel“ und vertritt dort die Theorie, dass ohne die Murgondel die Pendlerflut in Graz nicht mehr zu bewerkstelligen sei. Das ist insofern interessant, da wir im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit Gelegenheit hatten, mit wirklichen Experten, Verkehrsexperten zu diskutieren und da war die Murgondel nie ein Thema. Wir von der FPÖ wollen uns aber keiner Idee gänzlich verschließen, wir sind aber nicht an ÖVP-Politgags interessiert, die scheinbar auf politischen Zuruf von einem Vorstandschef einer städtischen Unternehmung medial kolportiert werden. Was es jetzt aus unserer Sicht zum Luftschloss Murgondel braucht, sind harte Zahlen und Fakten, also eine seriöse Studie.

Deshalb, sehr geehrter Herr Stadtrat, von mir die

Frage:

Sind Sie bereit, in Ihrer Zuständigkeit als Beteiligungsreferent der Stadt Graz mit dem Holding-Vorstandschef Dipl.-Ing. Wolfgang Malik in Kontakt zu treten, diesen zu

bitten, ein entsprechendes Finanzierungskonzept sowie entsprechende Studien, die eine Machbarkeit für Graz untermauern, vorzulegen, damit dieses Projekt im Gemeinderat endgültig und ernsthaft diskutiert werden kann (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die Frage kommt mir irgendwie bekannt vor, ich antworte kurz wie das letzte Mal mit einem schlichten Ja (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Von welchem Zeitraum sprechen Sie da?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das kann ich Ihnen jedenfalls nicht genau sagen, wir hatten ja, der Kollege Mario Eustacchio und ich, hatten ja im letzten Kontrollgremium die Gelegenheit, einen Zwischenbericht über Seilbahnsysteme, Murgondel von der Holding zu bekommen. Mein Eindruck war, dass sehr viel Grundlagenarbeit gemacht wurde, dass aber die konkreten Überlegungen für irgendwelche Trassen in Graz noch ausstehen und wir haben vereinbart, dass, wenn diese eben gemacht werden und wenn diese vorliegen, dass damit wieder das Kontrollgremium, selbstverständlich dann auch der Gemeinderat, zu informieren ist (*Applaus ÖVP*).

6) Artgerechte Hundehaltung in Graz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meiner Frage geht es um das Thema artgerechte Hundehaltung. Die Grazerinnen und Grazer kommen mehr und mehr auf den Hund. Derzeit leben in unserer Stadt an die 9.000 gemeldete Hunde. Sie sind Begleiter für einsame Menschen, Familienmitglieder (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und immer öfter auch unverzichtbare Helfer und Stützen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Trend zum Hund wird weiter anhalten, umso mehr, als im Zeitalter des virtuellen Lebens Tiere eine bedeutende soziale Schlüsselfunktion bekommen.

Im Gegensatz zu anderen österreichischen Städten, die bereits erkannt haben, dass ein entspanntes Miteinander von Mensch und Hund in der Stadt auch ausreichend Angebote für den Bewegungsbedarf dieser Lauftiere voraussetzt, ist Graz mit einer flächendeckenden Leinen- oder Maulkorbpflicht und wenigen kleinräumig eingezäunten Hundezonen von optimalen Bedingungen für Mensch und Tier weit entfernt.

Viele HundehalterInnen sehen sich gezwungen, die Regeln zu brechen, um ihren Vierbeinern den nötigen Auslauf zu verschaffen. Konflikte sind vorprogrammiert und an der Tagesordnung. Verständlich also, dass binnen weniger Monate rund 2.200 Menschen die Petition Graz.Mensch.Hund. unterschrieben haben, die sich für die Ermöglichung einer konfliktfreien und artgerechten Haltung von Hunden in der Stadt Graz einsetzt.

Die Einrichtung zusätzlicher eingezäunter Flächen, nämlich so wie es im Gemeinderat im Juli des Vorjahres beschlossen wurde, scheint dafür keine probate Lösung zu sein: Wir wissen mittlerweile, dass kleinräumig eingezäunte Hundewiesen den Tieren keine Möglichkeit geben, sich entspannt zu bewegen, sondern für den Großteil der Hunde puren Stress bedeuten. Das äußert sich auch akustisch und führt zu verständlichen

Widerständen der AnrainerInnen. Seit Juli 2013 wurde übrigens kein einziger zusätzlicher Quadratmeter Hundewiese realisiert.

Wenn wir wollen, dass das Leben von Menschen und Hunden in unserer Stadt konfliktfrei verläuft, müssen wir uns mit Modellen auseinandersetzen, die allen Bedürfnissen gerecht werden, nämlich denen der Menschen ohne Hund, denen der Menschen mit Hund und den Hunden selbst.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, als für den Tierschutz in unserer Stadt zuständigen Stadtsenatsreferenten folgende

F r a g e :

Was haben Sie seit der Gemeinderatsdiskussion über die fehlenden Freilaufmöglichkeiten von Hunden und dem nachfolgenden Beschluss des dringlichen Antrags vom Juli 2013 sowie anlässlich der von 2.205 Menschen unterschriebenen Petition Graz.Mensch.Hund. unternommen, um die unbefriedigende Situation für die in Graz lebenden Hunde zu verbessern (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Sehr geehrte Frau Gemeinderat! Ein wichtiges Thema und zwar ein emotionales Thema und da müssen wir uns alle den Kopf darüber zerbrechen, wie man die Situation verbessern können. Allerdings muss ich Sie jetzt leider Gottes hinweisen und ein bisschen was erzählen über die Zuständigkeiten. Errichtung von Hundewiesen und Hundezonen. Neuerrichtungen, werden von der Abteilung für Grünraum und Gewässer durchgeführt, Erhaltung, Wartung und Pflege geht danach an die Holding Graz Service Grünraum über und die Auswahl der Liegenschaften für Hundewiesen und Hundezonen wird für städtische Liegenschaften

zur Auswahl als Hundewiesen ergibt sich eine Zuständigkeit der A 8/4, Abteilung für Immobilien. Also das sind die zuständigen Stellen, da habe ich auch keine Handhabe, ich bin für die Veterinärangelegenheiten, für die Überprüfung der Themenstellung zuständig, aber nicht für die Zurverfügungstellung von Raum (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich bin jetzt total überrascht von Ihrer Antwort, weil ich habe das schon so wahrgenommen, dass Sie für Tierschutz zuständig sind in der Stadt Graz und ich kann es eigentlich schwer akzeptieren Ihre Antwort, dass Sie sagen, Sie sind jetzt überhaupt nicht zuständig für das Thema und ich möchte Sie jetzt fragen, ob Sie bereit sind, als für Tierschutz zuständiger Stadtsenatsreferent sich die in den Städten Linz, Bregenz und Wien praktizierten Modelle für mehr Freilaufmöglichkeiten für Hunde in der Stadt anzusehen und eine Übertragbarkeit auf die Stadt Graz unter Beiziehung von ExpertInnen und den AktivbürgerInnen von Graz Mensch/Hund zu prüfen (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich werde Ihnen das Papier aushändigen, damit wird das noch einmal wiederholt, was ich gesagt habe. Ich bin gerne bereit, mir Modelle anzusehen, jedoch bin ich nicht in der Situation und nicht zuständig für deren Umsetzung. Werde das aber begleitend gerne tun, wenn meine Ressorts gefragt sind und hier behilflich sein können (*Applaus FPÖ*).

7) Abstellplätze für Motorräder

GR. Mag. **Krotzer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio! Laut der Kleinen Zeitung vom 24. April 2014 sollen in der Innenstadt mehrere für motorisierte Zweiräder ausgewiesene Parkplätze geschaffen werden. An sich ein begrüßenswertes Ziel, das geschaffen werden soll durch die von PKW-Abstellplätzen und andererseits durch die Wegnahme von Fahrradabstellplätzen. In einem offenen Brief an Sie hat die ARGUS Steiermark festgestellt, dass die Streichung von Fahrradabstellflächen kein positives Signal im Sinne einer Radverkehrsförderung darstelle und darauf hingewiesen, dass ein Pkw-Stellplatz für fünf motorisierte Zweiräder ausreiche, bei der angestrebten Umwandlung von Fahrradparkplätzen in Stellplätze für motorisierte Zweiräder dagegen jeweils zwei Stellplätze für Fahrräder verlorengehen würden.

Aus den genannten Gründen stelle ich an Sie folgende

Frage:

Wie viele Fahrradparkplätze und wie viele Pkw-Abstellplätze werden im Zuge der Realisierung der geplanten Maßnahme insgesamt durch die Errichtung von Stellplätzen für motorisierte Zweiräder in der angedachten Form verlorengehen (*Applaus KPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat! Die Themenstellung wurde ja auch unter anderem im Gemeinderat an mich herangebracht und das Ergebnis, um hier eine Verbesserung zu treffen, wurde eben vorgenommen. Ich darf sie Ihnen ein bisschen erläutern. Laut Auskunft des zuständigen Amtes A 10/1 – Straßenamt hat

sich gezeigt, dass die Fahrbahnabstellplätze, die als solche auch ausgewiesen sind, sehr stark von einspurigen Kraftfahrzeugen, Mopeds und Motorrädern mitbenutzt werden. Dadurch stehen dem Radverkehr immer weniger geordnete Abstellplätze zur Verfügung, weshalb sich das Straßenamt veranlasst sah, in Zukunft geordnete Verhältnisse zu schaffen. Festgehalten wird, dass die Anzahl der in Fahrradabstellplätzen abzustellenden Fahrräder, ich betone noch einmal, Fahrradabstellplätze im innerstädtischen Bereich, gleich hoch sein wird. Durch die Neuregelung wird aber faktisch mehr Platz für die Fahrräder zur Verfügung gestellt, weil wir ja die Motorräder verdrängen. Das heißt, in den angestammten Fahrradabstellplätzen gewinnen wir mehr Platz. Falls in Zukunft einspurige Kraftfahrzeuge nach wie vor in Fahrradabstellplätzen abgestellt werden, kann von den Straßenaufsichtsorganen eingeschritten werden, sprich gestraft werden. Dort, wo dann Mopeds und Motorräder abgestellt sind, diese Stellen sind mit einem Halteverbot „ausgenommen einspurige Kraftfahrzeuge“ versehen, ist es außerdem vorgesehen, während der Wintermonate diese Maßnahmen teilweise wieder außer Kraft zu setzen. Es können dann auch mehrspurige Kraftfahrzeuge im Zuge dieser flächendeckenden Kurzparkzonen geparkt werden. Festgehalten wird, dass die zu setzenden Maßnahmen im gesamten innerstädtischen Bereich nur vier Pkw-Stellplätze während der Sommermonate nicht benutzbar sind, da an diesen Stellen das Abstellen von einspurigen Kraftfahrzeugen möglich sein wird. Also in Wirklichkeit haben wir versucht, hier Ordnung zu schaffen und im Gegensatz dazu, was behauptet wird, dass die verringert werden, schaffen wir mehr Raum für Fahrräder, das war auch der Sinn dahinter (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer**: Vielen Dank für die Beantwortung.

8) Maßnahmen gegen Lärmbelastung („Quietschen“) der Straßenbahnen

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörer auf der Tribüne! Ein leidiges Thema, wenn die Straßenbahnlinie 3, beziehungsweise am Abend 13 und am Wochenende 13, rund um den Murpark ein- oder ausfährt, bei der Endhaltestelle entsteht ein unerträglicher Lärm, dieses Quietschen ist mittlerweile bis zur St.-Peter-Hauptstraße zu hören, weil fast dort oben wohne ich. Bei der GVB oder mittlerweile Holding wird tagtäglich angerufen, weil die umliegenden Häuser wirklich arm sind, also das ist ein Geräusch, das kann man sich gar nicht vorstellen, wie unerträglich das ist. Nur es ist nicht nur ein Thema für Liebenau, es ist auch am Jakominiplatz bekannt, wo sich sehr viele Anrainer beschweren und auch sonst eben bei Straßenbahnhaltstellen, die eben in einem Rondeau drinnen sind. Es ist so, dass diese starren Räder, die bei der Straßenbahn das Außen- und Innen-Rad irgendwo nicht nachgibt und dann entsteht ein Quietschen, aber auch die Reibung von Stahl auf Stahl. Es gibt, ich habe mich da erkundigt, in anderen Städten gibt es so Reibwert-Modifizierer oder Radschallabsorber, die das irgendwo entkräften und der Lärm um ein Wesentliches gedämpft wird. Ich weiß, dass ab und zu geschmiert wird, nur das reicht nicht, das reicht für eine Woche, 14 Tage und dann ist der Lärm wieder da.

Und darum frage ich Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, was Sie irgendwo bereit sind zu veranlassen, dass man dem langfristig entgegenwirken kann (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderat! Ich habe Auskunft natürlich einholen müssen von der Holding, ich hätte es nicht so beantworten können. Holding Graz

Linien haben im Bereich Murpark und anderen neuralgischen Punkten folgende Maßnahmen ständig installiert: eine Kopf- und Flankenschmieranlage, die beim Überfahren durch den Straßenbahnzug in Kraft tritt. Ausgelöst durch jedes Fahrzeug, welches diese Schmieranlage passiert und weiters ein Aufschweißsystem, das Antiquietschschweißung genannt wird, hier wird durch Aufschweißen auf dem Schienenkopf von zwei Raupen die Auflagefläche der Räder auf den Schienen unterbrochen. Dadurch ergibt sich weniger Reibung und das Quietschen kann vermindert werden. Dieses System wird in definierten Zyklen angewandt und ist bei genannter Endhaltestelle voll funktionsfähig. Auch die Straßenbahnen selbst sind mit einer Spur-Schmiervorrichtung ausgestattet, um eine solche Geräusentwicklung zu verhindern. Jetzt noch eine allgemeine Information, eine Lärmbelästigung durch Quietschen kann durch genannte Maßnahmen leider nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Dies ist in erster Linie witterungsabhängig, sprich temperatur- und feuchtigkeitsabhängig. Sobald eine Information über Quietschen bei den Holding Linien Graz einlangt, wird seitens der Fachabteilung für Schienenpflege umgehend reagiert und zusätzlich eine manuelle Schmierung vorgenommen. Beanstandungen seitens der Anrainer hat es in den letzten zwei Monaten nur sehr vereinzelt gegeben. Es wurde von Seiten der Holding Graz Linien durch zusätzliche manuelle Schmierungsarbeiten sofort reagiert, es waren laut Statistik nur zwei Beschwerden eben in dem Bereich Endhaltestelle Liebenau Murpark (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Die Leute sind frustriert und darum stehe ich heute da, weil die Leute frustriert sind und weil sie merken, dieses Anrufen hilft nichts mehr und darum sind sie auch an mich herangetreten, Sie zu fragen, was langfristig... Ich habe eh vorhin schon gesagt, das Schmieren reicht leider nicht, es ist ein unerträglicher Lärm und da muss man sich wirklich zukünftig irgendwas anderes vorstellen. Ich weiß nicht, ob Sie

da irgendwie bereit sind, da nachzufragen, auf diese Antwort... das habe ich erwartet, aber das ist keine befriedigende für mich. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat möchte auf die nicht gestellte Zusatzfrage eine Antwort geben.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, ja, natürlich logischerweise kriege ich einmal die Antwort von der Fachabteilung und muss das einmal so annehmen, aber ich werde das gerne aufnehmen und einmal diskutieren, ob es noch andere Möglichkeiten gibt und wie man die Situation verbessern kann. Mache ich selbstverständlich gerne (*Applaus FPÖ*).

9) Bewerbung für die Austragung des Eurovisions Song Contest 2015 – wirtschaftliche Vorsorge

GR. **Hötzl** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ihr Parteikollege und unser aller Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl, ließ zu Beginn dieser Woche verlautbaren, dass er beabsichtige, sich namens der Stadt Graz um die Austragung des Eurovisions Song Contests zu bemühen. So erfreulich dieses Ereignis und seine Begleiterscheinungen auch sein mögen, so sehr würde ein tatsächlicher Zuschlag für die Stadt Graz die

verantwortlichen Politiker in die Pflicht nehmen. Ein europaweit übertragener Bewerb dieser Größenordnung würde logischerweise einen unmittelbaren großen touristischen und wirtschaftlichen Wert mit sich tragen. Um diesen zu optimieren, werden entsprechende Konzepte zu erarbeiten sein, deren Ziel vor allem Nachhaltigkeit sein muss.

Da mir die dilettantische Nachbearbeitung der Kulturhauptstadt 2003 noch in schrecklicher Erinnerung ist, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nachstehende

Frage:

Sind Sie bereit, im Rahmen der geplanten Bewerbung der Stadt Graz für die Austragung des Eurovisions Song Contest 2015 ein Konzept zu erarbeiten, das sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht ausreichend Vorsorge trifft als auch dazu geeignet ist, sämtliche Begleiterscheinungen dieser Veranstaltung in touristischer und wirtschaftlicher Sicht bestmöglich zu nützen (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst auch hier eine kurze Antwort selbstverständlich, allerdings sind da einige Zusatzbemerkung noch zu machen. Das Erste ist, was mich ein bisschen irritiert, sie haben es ja nicht in den Antrag, sondern in den Motivenbericht hineingeschrieben, ich werde trotzdem darauf eingehen auf die dilettantische Nachbereitung. Ich meine, eines ist klar, den Eurovisions Song Contest kann man mit dem Kulturhauptstadtjahr in keiner Weise vergleichen. Erstens einmal ist eben das Kulturhauptstadtjahr eine ganzjährige intensive Bespielung gewesen und Inszenierung der Stadt, und zwar sind dafür einige auch nachhaltig genutzte Investitionen getätigt worden. Das Literaturhaus, die Stadthalle, das Kindermuseum,

die List-Halle, dann das Kunsthaus selbstverständlich, dann zusätzlich noch private nachhaltige Sanierungen, Sanierung vom Hauptplatz, Sanierung vom Hauptbahnhof usw. also da ist sehr viel passiert, was, denke ich, durchaus in die Kategorie Nachhaltigkeit hineinpasst. Zum Zweiten ist eben festzuhalten, dass der Song Contest lediglich eine Veranstaltung ist an einem Abend und dass die Kraft dieser Veranstaltung wahrscheinlich eben aus den Vorbereitungen, aus der Vorhaltigkeit, so wie es der Dieter Hardt-Stemayr schreibt, entsteht und nicht aus der Nachhaltigkeit. Das wollte ich schon festhalten, dass dieser Vergleich, glaube ich, wirklich hinkt. Die Bewerbung ist ja in einem Brief vom Herrn Bürgermeister an den Generaldirektor Dr. Wrabetz gestern erfolgt und auch in diesem Bewerbungsschreiben, wo eben auch die besonderen Vorzüge der Stadt Graz in diesem Zusammenhang, die wahrscheinlich dann auch beim dringlichen Antrag, der heute auch noch gestellt wird, kommen werden. Daneben ist auch aufmerksam gemacht worden, dass ein Komitee zur Koordination der Aktivitäten eingerichtet wird, das Komitee wird sicherlich unter der Führung und Koordination vom Dieter Hardt-Stremayr als Tourismusdirektor und vom Herrn Armin Egger als Messe- und Kongressdirektor geführt und klar ist auch das eine, um vielleicht auch schon der Diskussion beim dringlichen Antrag vorwegzunehmen. Die Entscheidung muss innerhalb von zwei Monaten fallen und sie wird vom ORF getroffen in Absprache mit der Eurovision, also wir müssen uns sicherlich sputen.

10) Unterstützung weiterer Forschungsarbeiten zum sogenannten Lager Liebenau

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Martina! Wir haben ja im Vorfeld alles schon über die Medien mitbekommen von der Thematik im Lager

Liebenau und den ziemlich wahrscheinlichen großen Aufarbeitungsbedarf, den es noch gibt und ich habe auch mit Freude vernommen, dass du auch dazu Stellung genommen hast, dass aus deiner Sicht ebenfalls es notwendig ist, dass rund um das ehemalige Lager Liebenau weitere Forschungsarbeiten, möglicherweise sogar Exhumierungen, notwendig sind und daher ist meine Frage, nachdem ich vom Kulturessort schon weiß, dass auch dort Unterstützung kommt, inwieweit du das als gemeinsame Forschungsbeauftragung aus deinem Wissenschaftsbereich ebenfalls unterstützen könntest (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Daniela! grazbezogene wissenschaftliche Forschungsarbeit steht neben den Schwerpunkten Arbeit und Beschäftigung die Förderung nach Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforschern sowie Frauen und Genderthemen im Mittelpunkt der Förderungen im Wissenschaftsressort. So war auch die erst 2012 fertiggestellte und publizierte Studie von Frau Univ.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Barbara Stelzl-Marx vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung eine Auftragsarbeit der Stadt Graz unter Einbeziehung von privatem Sponsoring. Auf Basis der jüngsten Mediendiskussion habe ich das Kulturamt ersucht, den aktuellen Wissensstand bezüglich des sogenannten Labers Liebenau zu hinterfragen. Sollte es tatsächlich neue Datenmaterialien geben, die in der Studie von Barbara Stelzl-Marx nicht berücksichtigt sind, werde ich eine diesbezügliche Forschungsarbeit von meiner Seite auf jeden Fall unterstützen. Vom Ablauf her wird das dann gleich vonstatten gehen, wie das bei allen Wissenschaftsförderungen der Fall ist. Der Fachbeirat der RektorInnen und VizerektorInnen der Grazer Universitäten nimmt eine Vorprüfung des Förderansuchens vor und die Förderung muss dann durch das zuständige politische Organ der Stadt Graz, sprich dem Stadtsenat, genehmigt werden (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Gibt es schon erste Ideen, bis wann ungefähr diese Prüfung, ob zusätzlicher Bedarf nach der Studie von der Frau Stelzl-Marx noch notwendig ist?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Das kann ich noch nicht sagen. Ich habe versucht, mit dem Herrn Dr. Possert, der das ja sehr offensiv kommuniziert, in Kontakt zu treten, er hatte keine Zeit in diesen zwei Wochen für einen Termin. Ich versuche, einen Termin mit ihm zu bekommen, ich bin keine Historikerin, ich kann das nicht einschätzen. Wie gesagt, das Kulturamt ist ersucht, wenn was auftaucht, dann werden wir dem nachgehen, das habe ich ganz klar gesagt, aber bis wann da was vorliegen wird, das wird auch maßgeblich vom Dr. Possert abhängen, der ja sagt, dass noch irgendwas ausständig ist und wenn er im Moment keine Zeit hat für ein Gespräch, dann liegt es im Moment maßgeblich bei ihm, dass sich dieser Termin nach hinten verschiebt (*Applaus SPÖ*).

11) Evaluierung Sozialraumorientierung

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen, liebe ZuhörerInnen, liebe Martina Schröck! In jüngster Zeit mehrt sich die Kritik von wissenschaftlicher Seite an dem Konzept der Sozialraumorientierung beziehungsweise an dem Grazer Modell der Sozialraumorientierung, wie es darin bezeichnet wird, wie es bis Ende 2014 in Graz im Probetrieb geführt wird. Ein Bericht von [REDACTED] von der FH Kärnten sowie die Aussagen von [REDACTED] [REDACTED] von der FH Joanneum legen den Verdacht nahe, dass mit der Evaluierung

des Konzepts durch ■ vom Institut Viasozial ein Gutachten erstellt wurde, das nicht ganz den wissenschaftlichen Evaluierungskriterien entspricht, mit dem Ziel, dieses, und das ist jetzt ein Zitat von Prof. Höllmüller, nicht von mir „neoliberale Einsparungsmodell, das uns als fachliche Innovation verkauft wird“, Zitat Ende, über die Pilotprojektphase hinweg fortsetzen zu können.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

Frage:

Können Sie darstellen, warum der Evaluierungsauftrag von der FH Joanneum abgezogen und nach welchen Kriterien er an Viasozial vergeben wurde und welche Kosten in diesem Prozess entstanden sind (*Applaus KPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich kann es gerne noch einmal darstellen, ich glaube, es ist in diesem Raum sicher schon hundertmal besprochen worden aber machen wir es ein hunderteinstes Mal. Die Entscheidung, die Zusammenarbeit zu beenden und den Vertrag aufzulösen, wurde einvernehmlich zwischen Stadt, Land und FH Joanneum getroffen, weil der Evaluierungsgegenstand gemeinsam nicht klar definiert werden konnte. Für die weitere Vergabe der Evaluation hat sich eine Steuerungsgruppe einen Tag lang mit mehreren Bewerbern in einem Workshop zusammengesetzt und den Auftrag und die Anforderungen genau definiert und die Fragestellung geschärft. Aus diesem Workshop ist das Institut Viasozial als jener Anbieter hervorgegangen, der die Anforderungen am besten bearbeiten und erfüllen konnte. Die zitierte Steuerungsgruppe, nämlich ■ vom Land Steiermark, Herr Mag. Gerald Friedrich von der Stadt Graz und Frau ■ als Vertreterin der Trägerorganisationen hat in weiterer Folge den Prozess begleitet. Die

Evaluierung hat insgesamt inklusive aller Aufwendungen und Steuern 13.614 Euro gekostet und wurde im Jahr 2011 begonnen und im Frühjahr 2013 abgeschlossen und ebenfalls im Frühjahr 2013 sehr ausführlich dem Jugendausschuss berichtet und auch sehr lange und ausführlich diskutiert (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Aus Medienberichten und auch aus persönlichen Gesprächen mit dem ■■■ weiß ich, also sagt er zumindest, dass diese Auflösung des Vertrages nicht so ganz einvernehmlich war, zumindest aus seiner Sicht. Er zweifelt ja auch die Fachlichkeit dieses Gutachtens durch Viasozial an, beziehungsweise ist ja auch jetzt erst dieses Naheverhältnis von ■■■ zu dem Erfinder quasi dieses Modells der Sozialraumorientierung bekannt geworden. Deshalb eben diese kritischen Nachfragen jetzt dazu. Meine Nachfrage wäre, ob Sie bereit wären, diese Evaluierung, die ja präsentiert wurde, also mit sehr positivem Ergebnis präsentiert wurde, dass die nochmals von einem anderen Gremium begutachtet wird (*Applaus KPÖ*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also Frau Gemeinderätin, es gibt nicht mehrende Kritik, sondern es gibt im Moment die Kritik von ■■■, es gibt aber auch heftige Kritik am ■■■, ich frage mich, ob Sie diese Kritik auch einmal anschauen und wenn man darüber reden, dann sollte man diesen Diskurs breit führen. Ich bin nicht bereit, jetzt noch einmal eine Evaluierung in Auftrag zu geben, diese Evaluierung ist damals vor meiner Zeit, wie gesagt, sehr lange überlegt worden, sehr lange diskutiert worden. Dass der ■■■ irgendeine Meinung dazu hat, das ist interessant, aber vielleicht richtet er das nicht über Sie aus, sondern stellt sich noch einmal der Diskussion mit mir. Ich halte das nicht für sehr zielführend, wenn da irgendwelche Studien 20 Mal rauf- und runtergebetet werden, wenn Medienberichte zitiert werden. Nutzen wir doch bitte

die Diskussionen im Ausschuss und ich glaube, ich bin niemand, die sich einer Diskussion im Ausschuss bisher verwehrt hat, ganz im Gegenteil, wenn ich die vielen Stunden zusammenzähle, die wir im letzten Jahr in Sonderausschüssen im Jugendbereich verbracht haben, dann stehe breite Diskussion...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Schartel: Da gibt es ein paar notwendige.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sage ich ja und ich gebe auch die ganze Zeit und die ganze Bereitschaft stelle ich immer zur Verfügung und ich biete diesen Diskurs, falls es immer noch offene Fragen gibt, biete ich die Zeit an und biete an, dass wir diese Fragen in einem gemeinsamen Gespräch klären und uns nicht gegenseitig Dinge über die Medien ausrichten lassen (*Applaus SPÖ*).